

Den Christen Hugo Linck haben Glaubensfestigkeit und das Bewusstsein der Verantwortung durch Anfechtung und größte Not getragen. Er gehörte zu denen, die in den schlimmsten Zeiten mit ihrer ganzen Existenz für das eintraten, was sie für das Rechte hielten (ein Schwachwerden nicht ausgeschlossen, wie Linck selbst bekennt) – den Kriegserben ein Vorbild. „Der letzte Pfarrer von Königsberg“ zeugt von den durch Krieg, Flucht und Vertreibung verstärkten familiären und geistigen Verwandtschaften, die generationenübergreifend Kontinuitäten geschaffen haben. Piper verleiht diesem Kirchenmann aus einer untergegangenen Kulturlandschaft dichte Präsenz, ihr Buch ist den letzten noch lebenden Ostpreußen eine Erinnerung, ihren Nachkommen ein Vermächtnis, Kaliningradern sowie jenen, die bisher gar nichts wussten, ein Erlebnis, (Kirchen-)Historikern eine Anregung. Als versierte Drehbuchautorin schreibt sie lebendig und treffend, gliedert das Material übersichtlich und bringt die jeweiligen Kapitel auf den Punkt. Ein umfangreicher, sorgfältig zusammengestellter Anhang mit annotiertem Personenverzeichnis hebt den Facettenreichtum des Buches hervor.

Annelore Engel-Braunschmidt, Kiel

Georg Jäschke: Wegbereiter der deutsch-polnisch-tschechischen Versöhnung? Die katholische Vertriebenenjugend 1946–1990 in der Bundesrepublik Deutschland, Münster: Aschendorff 2018, 393 S., ISBN: 978-3-402-13276-0.

Unter den über 1 500 Vertriebenen Denkmälern in Deutschland gibt es lediglich ein einziges, das in seiner Inschrift nicht nur an das Ende des Zweiten Weltkrieges, sondern auch an seinen Beginn erinnert: Das Hochkreuz auf dem Wohldenberger Feld bei Hildesheim wurde 1979 vom Adalbertus-Werk der aus Danzig stammenden deutschen Katholiken ausdrücklich als ein Zeichen des Friedens und der Versöhnung errichtet.¹ Dies wirft die Frage auf, ob konfessionell geprägte Vertriebenenverbände aufgrund ihres christlichen Selbstverständnisses dafür prädestiniert waren, als Brückenbauer in Richtung der Länder zu agieren, in denen die Herkunftsgebiete ihrer Mitglieder nach 1945 lagen, und inwieweit sie sich innerhalb des Vertriebenenmilieus und der bundesdeutschen Gesellschaft insgesamt in besonderer Weise für die Versöhnung mit den östlichen Nachbarstaaten eingesetzt haben. Diesen Fragen widmet sich Georg Jäschke in seiner 2017 an der Universität Vechta als Dissertation angenommenen Arbeit speziell mit Blick auf die Jugendorganisationen der katholischen Vertriebenenverbände.

Jäschke untersucht dabei die Geschichte von fünf landsmannschaftlich organisierten katholischen Jugendverbänden für die Zeit bis 1990: Neben der „Gemeinschaft der Danziger Katholischen Jugend“ (seit 1969 „Adalbertus-Jugend“) sind dies die „Junge Aktion“ der sudetendeutschen Ackermann-Gemeinde, die ostpreußische „Gemeinschaft Junges Ermland“, die „Aktion Junges Schlesien“ und die „Junge Grafschaft“ der Schlesier aus der zur Erzdiözese Prag gehörenden Grafschaft Glatz sowie die „Katholische Ostdeutsche Jugend“, die einen regional übergreifenden Bezug aufwies, aber nur in den Diözesen Paderborn und Osnabrück existierte. Als Dachverband dieser Organisationen und als Vertretung im

1 Vgl. Stephan Scholz: Vertriebenen Denkmäler. Topographie einer deutschen Erinnerungslandschaft, Paderborn 2015, S. 274 f.

Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) fungierte die 1951 gegründete „Aktion heimatvertriebener katholischer Jugend“ (seit 1973 „Aktion West-Ost“ [AWO]).

Jäschke räumt ein, dass diese Jugendverbände eine „insgesamt recht überschaubare Mitgliedergröße“ besaßen (S. 14), die in ihrer Hochzeit Ende der 1950er Jahre zusammen genommen bei maximal 10 000 lag. Das schließt aber nicht aus, dass sie innerhalb des Verbandsspektrums der Vertriebenen eine versöhnungspolitische Vorreiterrolle spielten. Der Verfasser lässt an keiner Stelle einen Zweifel daran aufkommen, dass er selbst dieser Auffassung ist, für die er durchaus auch Belege anführen kann. Auf der Basis eines christlichen und speziell katholischen Selbstverständnisses, das prinzipiell ein verbindendes Potential zu den neuen Bewohnerinnen und Bewohnern der Herkunftsgebiete vor allem in Polen besaß, betonten die katholischen Jugendverbände demnach schon früh die Notwendigkeit friedlicher Lösungen und propagierten einen völkerverbindenden Geist der Versöhnung.

Ausdrücklich distanzierten sich die katholischen Jugendverbände daher in den 1950er Jahren etwa von der „Deutschen Jugend des Ostens“ (DJO), dem Jugendverband des Bundes der Vertriebenen, bzw. seiner Vorläufer. Sie attestierten ihnen in Symbolik, Habitus und Programmatik eine zu starke Nähe zu den Jugendverbänden des Nationalsozialismus und empfanden sie als so wenig christlich fundiert, dass ein eventueller Anschluss an die DJO aus ihrer Sicht „einem Verrat am Glauben gleich“ käme, wie 1956 aus dem Führungskreis der „Jungen Grafschaft“ verlautete (S. 107). In Abgrenzung zur teilweise aggressiven Rhetorik der säkularen Vertriebenenverbände hieß es bereits 1950 programmatisch im „Rundbrief Junges Ermland“: „Wir wollen nicht den Weg in die Heimat durch ein neues Meer von Blut und Leid, in dem die Jugend der Heimat und die Jugend aller Völker ertrinken würde“ (S. 96).

Gleichwohl blieb die allgemein auf Versöhnung zielende Haltung die meiste Zeit über merkwürdig unkonkret. Bis weit in die 1960er Jahre hinein gab es z.B. unterschiedliche Aussagen darüber, was bei einer Rückkehr in die alte Heimat, an deren Berechtigung prinzipiell festgehalten wurde, mit den dort neu angesiedelten polnischen Bewohnerinnen und Bewohnern geschehen sollte. Die Anregung von Rupert Neudeck, einen freiwilligen Gebietsverzicht zu erwägen, stieß 1963 auch bei den Danziger Katholiken kaum auf Resonanz. Stattdessen hieß es noch 1965 in der Jugendbeilage des „Heimatbriefs der Danziger Katholiken“ in den „10 Geboten der Heimatvertriebenen“: „Du mußt alles tun, in der Jugend das Unrecht der Vertreibung und den Anspruch auf die angestammte Heimat wachzuhalten“ (S. 173).

Seit Mitte der 1960er Jahre begaben sich auch die katholischen Jugendverbände trotz ihrer stetigen Mahnung zu friedlichem Ausgleich und Versöhnung, die Jäschke immer wieder hervorhebt, zunehmend in eine gesellschaftliche Außenseiterposition. Dies wird nicht zuletzt an ihrer Positionierung innerhalb des BDKJ deutlich. Während dieser die Neue Ostpolitik der sozialliberalen Koalition begrüßte und aktiv die neuen Möglichkeiten für den Aufbau von Kontakten zu Jugendorganisationen im Ostblock nutzte, protestierten die katholischen und streng antikommunistisch ausgerichteten Vertriebenenverbände dagegen ebenso heftig wie erfolglos. Jäschke übernimmt dabei unkritisch deren Perspektive, wenn er pauschal erklärt, die Neue Ostpolitik sei gegen die „Anliegen der Vertriebenen“ gerichtet gewesen und habe ihr harmonisches Zusammenleben mit den Einheimischen bedroht (S. 204). Immerhin waren 1970 ebenso wie die Einheimischen auch die Vertrie-

benen in Westdeutschland in ihrer Mehrheit für einen Verzicht der Ostgebiete ohne Gegenleistung.²

Generell merkt man dem Autor die Nähe zu den untersuchten Verbänden immer wieder an, die sich auch daran zeigt, dass er selbst von 1976 bis 1981 Bundessprecher der „Jungen Grafenschaft“ und Mitarbeiter in der Leitung des Dachverbandes AWO war. Davon zeugt etwa seine Einschätzung, dass es dem BDKJ, der die Neue Ostpolitik unterstützte, nur um „vordergründige Kontakte auf staatlich verordneter Grundlage“ gegangen sei, den Jugendverbänden der Vertriebenen dagegen um „die Praxis der Versöhnungsarbeit“ (S. 224). Er übersieht dabei, dass die dafür notwendigen Reisen in die Herkunftsgebiete, über die in den 1970er Jahren in fast jeder Ausgabe der Mitgliederzeitschriften zu lesen gewesen sei, erst durch die Neue Ostpolitik möglich geworden waren.

Insgesamt bleibt aber gerade die immer wieder beschworene praktische Versöhnungsarbeit seltsam verschwommen. Man bekommt den Eindruck, dass sie vornehmlich auf der programmatischen Ebene, in Leitsätzen und Grundsatzprogrammen eingefordert wurde, während ihre praktische Umsetzung weitgehend ausgeblendet bleibt oder aber kaum stattgefunden hat. Praktische Aktivitäten scheinen sich auch in den späteren Jahren vor 1990 vor allem an Spätaussiedler, katholische Jugendliche in der DDR und Angehörige der deutschen Minderheit in Polen und der Tschechoslowakei gerichtet zu haben.

Die Ursachen für den Niedergang von Verbänden wie der „Aktion Schlesien“ oder der „Katholischen Ostdeutschen Jugend“ vermag Jäschke mit dem Verweis auf einen etwaigen „Mangel von Führungskräften mit charismatischer Ausstrahlung“ (S. 307) ebenso wenig plausibel zu erklären wie den Fortbestand der übrigen Jugendverbände, deren Mitgliederzahlen seit den 1960er Jahren zwar stark zurückgingen, sich aber auf niedrigem Niveau offenbar stabilisieren konnten. Auch noch Mitte der 1980er Jahre gab es keine Einigkeit in deutschlandpolitischen Fragen. Während der Dachverband AWO 1985 etwa das „dumpfe Pochen auf politisch nicht mehr realisierbare Rechtsansprüche“ kritisierte (S. 316), bekannte sich der „Führungsrat“ der „Gemeinschaft Junges Ermland“ im selben Jahr ausdrücklich zur Gültigkeit der Grenzen von 1937.

Angesichts dessen erscheint die vom Verfasser immer wieder hervorgehobene Bedeutung der katholischen Jugendverbände für die Versöhnung mit den osteuropäischen Nachbarn zumindest für die von ihm untersuchte Zeit vor 1990 nicht gänzlich überzeugend. Das liegt nicht zuletzt daran, dass er den für seine Untersuchung so zentralen Begriff der „Versöhnung“ nicht näher definiert und dieser daher analytisch unscharf bleibt.

Das ist leider nur eines von mehreren Defiziten dieser Arbeit. So erweist sich die strikt durchgezogene Gliederung nach Jahrzehnten eher als hinderlich. Immer wieder wird deutlich, dass eine sinnvolle zeitliche Periodisierung anderen Kriterien folgen müsste als einer Abfolge in Dezennien. Die in jedem Kapitel erfolgende Untergliederung nach den einzelnen untersuchten Verbänden wiederum führt zu zahlreichen Redundanzen, schadet der Übersichtlichkeit und ist auf Dauer für den Lesefluss ermüdend. Eine Gliederung nach systematischen Kriterien wäre hier wesentlich zielführender gewesen.

2 Nach einer Allensbach-Umfrage waren dies 57% der Vertriebenen und 58% der Bundesbürgerinnen und -bürger insgesamt. Vgl. Silke Jansen: Meinungsbilder zur deutschen Frage. Eine Längsschnittanalyse von Repräsentativerhebungen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a.M. 1990, S. 151.

Völlig unterbelichtet bleibt die Außenwirkung der Jugendverbände. Die angeführten Grußtelegramme politischer und kirchlicher Prominenz zu bestimmten Veranstaltungen sind alles andere als ein Beleg für eine breite Ausstrahlung und Wirksamkeit nach außen. Auch die Wahrnehmung und Bedeutung innerhalb des Vertriebenenverbandsmilieus werden zu wenig ausgeleuchtet. Archivalische Bestände des Bundes der Vertriebenen oder des Bundesvertriebenenministeriums, die darüber hätten Auskunft geben können, wurden nicht herangezogen. Jäschkes Untersuchung verbleibt mit ihrem Schwerpunkt auf innerverbandliche Programmdiskussionen und Selbstverständigungsdebatten leider weitgehend in der Binnenperspektive.

Stephan Scholz, Oldenburg

Astri Schönfelder: Deutsche Bürger „contra homines novi“. Die städtischen Wahlkämpfe in Estland 1877–1914, Hamburg: Kovač 2016, 192 S., 6 Tab., ISBN: 978-3-8300-8556-0.

Die Frage, worin der Wandel der städtischen Eliten in den Ostseeprovinzen im ausgehenden Zarenreich eigentlich bestand, ist nicht so einfach zu beantworten, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Haben wir es in erster Linie mit sozialen Aufsteigern zu tun, die ihren Platz in der Führung der Städte forderten und die alten städtischen Eliten unter Druck setzten? Oder muss dieser Prozess vielmehr als nationaler Kampf der Esten begriffen werden, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in die noch deutsch dominierten Städte zogen, um dort schließlich die Bevölkerungsmehrheit zu stellen? Schon unter den Zeitgenossen herrschten unterschiedliche Meinungen darüber, welche Interpretation angemessen war. Und ein wesentliches Instrument, diese Diskurse zu bestimmen, war die Presse.

Astri Schönfelders vorzügliche Untersuchung der Wahlkämpfe im estnischen Siedlungsgebiet von 1877 bis 1914 behandelt diese Vorgänge sowohl aus estnischer als auch aus deutschbaltischer Perspektive, wobei sie sich auf die jeweils wichtigsten Zeitungen stützt. Um den regionalen Unterschieden gerecht zu werden, stehen mehrere Fallstudien im Zentrum: jene der immer stärker industrialisierten Hafenstadt Tallinn/Reval sowie jene der intellektuellen und vom nationalen Geist stark geprägten Universitätsstadt Tartu/Dorpat. Ergänzt werden sie durch Exkurse zur estnisch-lettischen Stadt Valga/Walk sowie knapperen Berichten über eine Reihe anderer Städte.

Als 1877 das russische Stadtrecht von 1870 auch in den baltischen Republiken eingeführt wurde, bedeutete dies, dass unter den nun wahlberechtigten fünf Prozent der Stadtbewohner auch Esten waren – freilich nur in der dritten, unbedeutendsten Kurie. In den Ratskreisen sorgte das Auftreten der „neuen Bürger“ allemal für Befremden. Gleichzeitig war auch vielen Deutschbalten die Reformbedürftigkeit der städtischen Verwaltungen klar, und zu den „Meinungskämpfen“ um Agrar- und Verfassungsfragen gesellten sich Diskussionen um die Städteverfassung. Außerdem entstanden unterschiedliche Formen der Kooperation mit den neuen Kandidaten. In Tallinn kam es zu einer Zusammenarbeit liberaler Deutschbalten und Esten der dritten Wahlkurie, die sich hauptsächlich in der Ablehnung der alten städtischen Eliten einig waren. Dagegen gelang es dem Rat in Tartu, wo die Stadtwahlen 1878 durchgeführt wurden, wichtige Teile der dritten Wählerklasse für sich zu gewinnen, indem er sich die Unterstützung prominenter Esten sicherte.